

Gegen den Austritt aus dem Bundesrat : verlässliche Partner bleiben

Autor(en): **Stich, Otto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 3

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340110>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Pierre Aubert mit Lucien Erard: letzter Schliff für die Rede.

die Politik unseres Landes gestalten, tiefgreifend zu ändern. Sehr schnell wird das Ereignis vergessen sein. In einigen Monaten, wenn man über die Mittel, unsere Politik besser zu verfechten, die Macht besser auszuüben, nachzudenken beginnen wird, werden wir uns fragen, wie wir den Bundesrat haben verlassen können, einen der Orte, wo in unserem Lande wichtige Entscheidungen gefällt

werden, die uns alle betreffen. Dies bedeutet aber durchaus nicht, dass nichts geändert werden sollte. Ich meine, wie auch immer die Entscheidung über unsere Beteiligung am Bundesrat ausfällt, dass wir die Grundlagen einer neuen Politik definieren müssen, einer Politik, die notwendigerweise zum Teil Oppositionspolitik sein wird, weil wir in Bern eine Minderheit sind, sei es im Bundesrat, sei es im Parlament.

Aber es muss auch eine dynamische Politik sein, eine Politik der Veränderungen, eine Politik der Neuerungen. Diese neue Politik setzt einen andern Geist voraus, eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Partei und zwischen ihren Gewählten. Sie beinhaltet einen Willen, anders zu arbeiten.

Wichtige Stichdaten warten auf uns in den nächsten Jahren. Der Bundesrat wird Vorschläge machen müssen. Diese werden einen grossen Einfluss auf die zu fällenden Entscheidungen ausüben. Ich denke z.B. an die 10. AHV-Revision, an die Probleme, die die Erhöhung der Gesundheitskosten stellt, an die wissenschaftliche Forschung,

an den Umweltschutz, an den Platz der Schweiz in einer Welt, wo schwere Spannungen herrschen. Die Lösungen werden nicht die gleichen sein, je nachdem, ob die Sozialisten im Bundesrat sitzen oder ihn verlassen haben.

Weder die Volksinitiativen noch die Interventionen im Parlament können die Möglichkeiten ersetzen, die eine Präsenz im Bundesrat bietet, wenn es darum geht, neue Ideen durchzusetzen, Projekte zu formulieren, den Rahmen einer neuen Politik abzustecken.

Dies ist es, kurz zusammengefasst, was wir zu verlieren haben. Wir müssen es mit dem Vergnügen in die Waagschale werfen, das wir hätten, wenn wir die Türe zum Bundesrat zuknallten.

Der Preis ist sehr hoch. Wir würden sehr lange, dessen bin ich sicher, eine übereilte Entscheidung bedauern. Aber das Wichtigste in meinen Augen ist, dass wir nach diesem Kongress vereint bleiben, um stark zu sein, und zu dieser Einheit rufe ich euch feierlich auf im alleinigen Interesse der Sache, die wir verteidigen.

Gegen den Austritt aus dem Bundesrat

Verlässliche Partner bleiben

Von Otto Stich, Bundesrat, Bern

Liebe Genossinnen
und Genossen,
verehrte Gäste,
werte Anwesende!

Ich bin mit euch der Auffassung, dass wir die Frage der Regierungsbeteiligung miteinander regeln müssen. Seit Anfang der 70er Jahre haben wir darüber alle paar Jahre gestritten. Wir haben Unfrieden in den eigenen Reihen gestiftet. Unsere

Wähler sind verunsichert. Dem sollten wir ein schickliches Ende bereiten.

Eure Entscheidung will ich nicht vorgreifen. Meine Meinung darüber ist bekannt.

Aber bevor wir gemeinsam entscheiden, sollten wir uns einige Gedanken über die Schweiz von morgen machen. Voraussagen sind stets schwierig. Und sie sind risikobeladen. Von Zeit zu Zeit müssen wir aber trotzdem

einen Blick in die Zukunft tun. In meinen ersten Gesprächen mit den Leitern des Personalamtes im Bund habe ich auf die Arbeitslosigkeit hingewiesen. Wenn wir diese Geissel der kapitalistischen Wirtschaft dauerhaft bekämpfen wollen, müssen wir die Arbeitszeit verkürzen. Sonst verliert auf die Dauer der demokratische Staat seine Glaubwürdigkeit. In unseren Überlegungen für die Jahrtau-

sendwende müssen wir von Wochenarbeitszeiten von 30 Stunden und weniger ausgehen. Das wird einschneidende Folgen für die Arbeitsorganisation und für die Finanzierung des öffentlichen Lebens haben. Die Freizeit wird stark zunehmen. Die Partei ist aufgerufen, Antworten auf die Fragen zu finden, die sich daraus ergeben. Ansätze dazu sind im Programm von Lugano enthalten. Wir müssen sie vertiefen.

Dabei sollten wir nicht vergessen, dass viele Menschen sich nicht gerne ständig nur mit Politik und Verwaltung von Körperschaften beschäftigen. Schon deshalb müssen wir uns darum kümmern, was die Menschen mit der grossen Freiheit und der neuen Unabhängigkeit anfangen. Viele Wirtschaftssektoren, eine eigentliche Freizeitindustrie, haben diese Zeichen bereits erkannt. Die Partei muss mithelfen, dass die demokratische Kontrolle auch in diesen Bereichen — Medien, Sport, Tourismus, Konsum, Verkehr — gewährleistet bleibt. Ich bin überzeugt, dass bei gutem Willen und kritischem Augenmass eine kommunikationsfreudige, verantwortlich denkende und handelnde Gesellschaft auch unter ganz neuen Bedingungen weiterhin möglich ist.

Wir neigen dazu, die neuen Technologien als gefährlich zu verteufeln. Natürlich dürfen wir nicht an der strukturellen Arbeitslosigkeit vorbeischaun. Aber wenn wir in der Welt bestehen wollen, können wir uns in diesem Bereich nicht einfach abmelden. Alle die vielen Leute im Dienstleistungssektor und in der Industrieproduktion, die schon seit Jahren mit der neuen Technologie arbeiten, wissen, dass diese Arbeitsmethoden nicht einfach nur gefährlich sind. Sie sind sicherer, sauberer und machen weniger Lärm — und darum sind sie menschen-

freundlicher. Wir müssen versuchen, diese neuen Techniken zu meistern. Dann sind wir nicht ihre Sklaven. Ich habe mit Interesse gelesen, dass Andreas Gerwig das neue Datenschutzgesetz besser als seine eigenen Vorschläge dazu findet. Davon müssen wir auch das Parlament überzeugen.

In Zeiten des Umbruchs verlieren manche Menschen die Hoffnung. Viele haben angestammte Arbeitsplätze aufgeben müssen. Andere mussten sogar ihren Wohnort verlassen und anderswo Arbeit suchen. Trotzdem: Wir sind in unserer Geschichte die Partei der Hoffnung und der Zuversicht. Deshalb sollten wir die grosse Herausforderung, der wir gegenüberstehen, annehmen.

Deshalb frage ich euch: Wollen wir gerade jetzt aus der Regierung ausscheiden, wo es gilt, unsere Zukunft zu gestalten. Sind unsere Vorstellungen so nichtswürdig, dass sie in den Entscheidungen der Regierung und Verwaltung nichts zu suchen haben?

In den nächsten Monaten werden die Verordnungen zum neuen Umweltschutzgesetz reif zur Entscheidung. Sollen wir dabei auf unseren Einfluss verzichten? Und erst noch freiwillig? Die Frage ist bedeutsam, weil Verordnungen nicht vom Parlament, sondern nur vom Bundesrat entschieden werden. Wir brauchen mehr Steuererechtigkeit, bevor der Staat für seine Zwecke mehr Geld vom Steuerzahler holen kann. Es braucht unsere Entschlusskraft und unseren Willen, den Kampf gegen die Steuerhinterziehung energischer als bisher fortzusetzen. Erste Schritte dazu sind bereits eingeleitet worden.

Solange wir Defizite im Staatshaushalt haben, können die Bürgerlichen den Sozialabbau fordern. *Deshalb* brauchen wir einen möglichst ausgeglichenen Haushalt, obschon wir ja im in-

ternationalen Vergleich ein Musterland an Ausgabendisziplin in der Bundesverwaltung sind. Nach dem Krieg haben wir mit sichtbarem Erfolg auch Kindern aus Arbeiterfamilien das Studium ermöglichen können. Jene darunter, die aus irgendwelchen Gründen in der Privatindustrie kein Auskommen finden, sollten in den öffentlichen Diensten arbeiten können. Departementschefs sind auch Arbeitgeber. Sie sind es gerade auch für *junge Akademiker*. Sollen wir die Möglichkeiten, einen qualifizierten Nachwuchs zu fördern, nicht mehr wahrnehmen?

Wir dürfen auch nie vergessen, dass ein grösser werdender Teil unserer Bevölkerung *Rentner* sind. Wir Sozialdemokraten waren die Garanten des sozialen Sicherheitsnetzes. Weshalb sollen wir gerade vor der 10. AHV-Revision, wo die Würfel noch keineswegs gefallen sind, diese Rolle aufgeben?

Mit der Verankerung der Gleichberechtigung der Frau haben wir einen ersten Schritt getan. Sollen wir uns aus der Verantwortung verabschieden, wenn es gilt, ihnen in Gesetzen und Verordnungen die Gleichberechtigung auch am Arbeitsplatz zu sichern?

Wir waren auch immer, in enger Absprache mit den Gewerkschaften der öffentlichen Bediensteten, die Garanten für Arbeitsbedingungen, die mit der Privatwirtschaft konkurrieren konnten. In den letzten Jahren ist dabei nicht mehr alles nach Wunsch gelaufen — bei den öffentlichen Diensten und Privatunternehmen. Aber ich frage euch: Können bürgerliche Regierungsvertreter, denen unsere Vorstellungen weniger verständlich sind als jene der Arbeitgeberorganisationen, unsere Mitglieder und Wähler gleich gut wie wir vertreten?

Der Bund ist zudem ein sehr grosser Auftraggeber für die

Privatindustrie. Der Bund gab 1982 Beschaffungen im Wert von 2,4 Milliarden Franken an die inländische und von 742 Millionen Franken an ausländische Auftragnehmer der Privatindustrie in Auftrag. Das Ausland erwähne ich wegen unserer historisch verbürgten internationalen Solidarität. Dieses Beschaffungsvolumen hat natürlich Auswirkungen auf die Vertragsverhandlungen der Gewerkschaften. Als Regierungspartei bleibt die SPS auch aus diesem Grunde für die Gewerkschaften ein wertvoller Partner. Sollen wir diese Position andern freiwillig überlassen?

Ein anderer Bereich, der unsere Partei seit langem beschäftigt und in dem wir seit vielen Jahren dank unserer Regierungsbeteiligung viel bewegen konnten, ist die Entwicklungshilfe. Wir alle wissen, dass manche engere Verbindungen zwischen Hilfe und Aussenhandelsgeschäft herstellen wollen, als sie heute bestehen. Wir müssen beim Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe bleiben. Wir hätten es auch nicht gerne gesehen, wenn der russische Zar im letzten Jahrhundert der Schweiz die zu führende Politik vorgeschrieben hätte, als er der jungen Demokratie Entwicklungshilfe in Form von Weizenlieferungen leistete.

Ein letztes: 1950 waren 35,8 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor beschäftigt. 1980 waren es 55,0 Pro-

zent. Das entspricht einer Zunahme um 19,2 Prozent. Das sind die neuen Mittelschichten, die wir ansprechen müssen und die wir für unsere Anliegen dazugewinnen wollen. Viele sind schon zu uns gekommen. Aber ein viel grösserer Teil davon steht abseits und versteht unsere Sprache nicht. Um sie sollten wir uns vermehrt bemühen.

Ich komme zum Schluss: das ist keine erschöpfende Aufzählung aller Probleme. Aber weder die erwähnten noch die vielen andern können wir mit einem Regierungsaustritt lösen. Die Sozialdemokratische Partei ist als Regierungspartei in die Wahlen vom Oktober 1983 gegangen. Wir sollten deshalb Sorge tragen zu unserer Glaubwürdigkeit. Diese verstärken wir nicht,

wenn wir uns jetzt des Wählerauftrages so kurz nach den Wahlen entledigen.

Ein letztes: Regierungsbeteiligung ist eng verknüpft mit guten Beziehungen zur Partei. Wir erreichen unsere Ziele nur, wenn wir zusammenarbeiten. Voraussetzung dazu ist eine gestärkte Verhandlungsfähigkeit. Und diese erreichen wir, wenn wir ein verlässlicher Regierungspartner bleiben.

Ich rufe euch deshalb auf, im Interesse unserer Partei und unserer Wähler für die Weiterführung der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei zu stimmen. Gegenseitiges Vertrauen und Solidarität in den eigenen Reihen sind die wichtigen Voraussetzungen dazu.



*Bundesrat Stich und Parteipräsident Hubacher.
Den Kaktus schenkten die welschen Genossinnen.*

Gegen den Austritt aus dem Bundesrat

Stellung halten!

Von Hans Peter Tschudi, alt Bundesrat, Basel

Ich danke euch für die Einladung als Gast zum Parteitag. Sie dürfen versichert sein, dass

ich nicht beabsichtige, Karriere zu machen. Wenn ich mich an dieser Diskussion beteilige, so

deshalb, weil ich mich für verpflichtet halte, euch von meinen Erfahrungen Kenntnis zu geben. Ich spreche in völligem Einvernehmen mit den Genossen Willy Spühler und Pierre Graber.

Die SP hat seit 1920 immer ungefähr den gleichen Wähleranteil. So lange wir in der Opposition waren, bis zum 2. Welt-